

Nein zum neuen NRW-Polizeigesetz!

Kein Angriff auf unsere Freiheit und Grundrechte

Aufruf der ver.di-Linke NRW zur landesweiten Demonstration am 07.07.2018 in Düsseldorf

Die Landesregierung von NRW strebt die Änderung des Polizeigesetzes an. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll angeblich die „Sicherheit in Nordrhein-Westfalen“ gestärkt werden. Tatsächlich werden die Befugnisse der Polizei massiv ausgeweitet. Demokratische Rechte und rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung und Gewaltenteilung werden hingegen ausgehöhlt.

Herzstück der Gesetzesverschärfung ist die Neudefinition der polizeilichen Eingriffsschwelle. Bisher darf die Polizei in Grundrechte grundsätzlich nur dann eingreifen, wenn eine konkrete Gefahr vorliegt. Künftig soll sie schon bei einer unbestimmten „drohenden Gefahr“ tätig werden und Grundrechte einschränken dürfen. Eine „drohende Gefahr“ ist dann ein ausreichender Anlass, um beispielsweise Verhaftungen vornehmen zu können. Unverdächtiges grundrechtlich geschütztes Handeln (z.B. Demonstrationsrecht, Streikrecht u.ä.) kann in einen Zusammenhang zu einer bloß vermuteten „drohenden Gefahr“ gebracht werden.

Auch wenn konkrete Gefahren nicht vorliegen, soll die Polizei den öffentlichen Raum breitflächig überwachen und ausspähen dürfen. Vorgesehen sind „strategische Fahndungen“, mit denen verdachtsunabhängige Anhalte- und Sichtkontrollen im öffentlichen Raum ermöglicht werden. Derartige Kontrollen sollen insgesamt bis zu 56 Tage andauern können. Flankiert wird die ausgedehnte polizeiliche Fahndung durch erweiterte Möglichkeiten bei der Videobeobachtungsüberwachung. Mit dem neuen Gesetz wird eine „präventiv-polizeiliche Telekommunikationsüberwachung“ (TKÜ) eingeführt, die der Polizei das Hacken von Computern oder das Mitlesen von Messenger wie WhatsApp erlauben.

Der vorliegende Gesetzentwurf befördert und erleichtert den massiven Eingriff in Grundrechte von Millionen Menschen. Diffuse und unbestimmte Gefahren werden instrumentalisiert, um den schnelleren Einsatz von polizeilicher Gewalt und den Abbau von Grundrechten zu rechtfertigen.

Nein zum neuen NRW-Polizeigesetz!

Nein zum massiven Eingriff in demokratische Grundrechte!

Nein zu massenhafter Überwachung!

DEMONSTRATION am 07.07.2018 in Düsseldorf

Auftakt ab 13 Uhr, DGB-Haus, Friedrich-Ebert-Straße 34 -38

Abschluss ab 15:30 Uhr am Landtag